



**Verband der Bürger- und Heimatvereine im Ruhrgebiet e.V.**

Präsident des Landtages NRW  
Herrn Ulrich Schmidt  
Postfach 10 11 43

40002 Düsseldorf

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
13. WAHLPERIODE

**ZUSCHRIFT**

**13/ 2 8 8 1**

*alle Abg.*

Essen, 2003-05-26

Dr. Kf./vg.

**Anhörung am 28.05.2003 im Plenarsaal des Landtags**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

der Verband der Bürger- und Heimatvereine im Ruhrgebiet hat bei seiner Tagung am 24. Mai 2003 in Recklinghausen-Suderwich im Hinblick auf die anstehenden Beratungen des Landtags zu den Gesetzentwürfen über eine Neuorganisation des Ruhrgebiets die nachstehende Resolution verabschiedet. Namens des Vorstandes des Verbands der Bürgervereine im Ruhrgebiet bitte ich darum, den Inhalt der als Anlage beigefügten Resolution bei den Beratungen zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

**Volker Schlickum**

Stellvertretender Vorsitzender des Verbands der  
Bürger- u. Heimatvereine im Ruhrgebiet e. V.

Anlage

**Geschäftsstelle:**

Semperstr. 51

45138 Essen

Tel.: 0201 / 8 94 15-0

Fax: 0201 / 8 94 15-10

eMail

[info@proruhrgebiet.de](mailto:info@proruhrgebiet.de)

**Bankverbindung:**

Sparkasse Essen

Kto-Nr. 8547333

BLZ 360 501 05



## Verband der Bürger- und Heimatvereine im Ruhrgebiet e.V.

Essen, 24.05.2003

### Resolution des Verbands der Bürger- und Heimatvereine im Ruhrgebiet zu den Gesetzesvorschlägen der Fraktionen des Landtags NRW zur Verbesserung der Verwaltungsorganisation im Ruhrgebiet

1. Der Verband der Bürger- und Heimatvereine im Ruhrgebiet begrüßt die gemeinsame Absicht der im Landtag NRW vertretenen Parteien, dem Ruhrgebiet durch eine starke Regionalorganisation eigenständige Handlungsfähigkeit zu verleihen. Er sieht darin ausgesprochen wichtige Elemente für das Zusammenwachsen des größten deutschen und europäischen Ballungsraumes.
2. Begrüßt wird insbesondere, dass die Oberbürgermeister und Landräte nun eine stimmberechtigte Mitgliedschaft in der Regionalversammlung erhalten werden und dass die regionale Wirtschaftsförderung einschließlich des regionalen Standortmarketings und der Tourismusförderung zu den zentralen Aufgaben des Verbandes zählen werden.
3. Bei den folgenden Aspekten bedarf es noch der Veränderung der vorliegenden Gesetzentwürfe:
  - Die Mitgliedschaft der Städte und Kreise im Verband muss dauerhaft und bindend ausgestaltet werden, damit die Austrittsdrohungen nicht als Möglichkeit genutzt werden kann, Sondervorteile durchzusetzen.
  - Der Verband muss die volle Zuständigkeit für die Regionalplanung erhalten, die Verbandsversammlung die Aufgaben der Regionalräte im Gebiet des Verbandes übertragen bekommen.
  - Die Aufgaben:  
Regionaler Verkehr, Regionale Lernallianz und Regionales Kultur- und Sportmanagement müssen zu Pflichtaufgaben des Verbandes werden.

**Geschäftsstelle:**  
Semperstr. 51  
45138 Essen  
Tel.: 0201 / 8 94 15-0  
Fax: 0201 / 8 94 15-10  
eMail  
[info@pronuhrgebiet.de](mailto:info@pronuhrgebiet.de)

**Bankverbindung:**  
Sparkasse Essen  
Kto-Nr. 8547333  
BLZ 360 501 05

**Verband der Bürger- und Heimatvereine im Ruhrgebiet e.V.**

- Der Dualismus zwischen Regionalverband und Projekt Ruhr GmbH muss beendet werden. Daher sollten beide Organisationen unter Beachtung der Landesinteressen zusammengeführt werden.
  - Das Ruhrgebiet benötigt als politische Handlungsmittel einen Sprecher des Ruhrgebietes, der das Ruhrgebiet nach außen repräsentieren kann. Dieser sollte die Bezeichnung „Verbandspräsident“ erhalten und neben der Geschäftsführungsfunktion auch den Vorsitz im Vorstand des Verbandes führen.
  - Das Ruhrgebiet benötigt für die Wahrnehmung dieser Aufgaben eine gesicherte Finanzierung, die nicht nur aus den Umlagen der Städte resultieren kann.
4. Der neue Ruhrgebietsverband kann nur dann erfolgreich sein, wenn er von den Bürgern im Ruhrgebiet aktiv unterstützt wird. Der Verband der Bürger- und Heimatvereine ruft die Bürger des Ruhrgebietes daher auf, sich auch persönlich für das Ruhrgebiet zu engagieren und damit die Verwurzelung der Bürger in ihrer Heimat zu stärken. Der Gesetzgeber wird aufgerufen, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.